

33. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
25. - 27. November 2011, Sparkassen-Arena Kiel

[Redemanuskript, es gilt das gesprochene Wort]

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Delegierte, liebe interessierte Öffentlichkeit,

als ich im November 2008 auf der BDK in Erfurt die Aufnahme einer einmaligen Vermögensabgabe nach dem Grundgesetz in unseren Green New Deal beantragt habe, habe ich zur Begründung gesagt, dass nicht weniger als die politische Stabilität unserer Demokratien auf dem Spiel steht.

Heute sage ich, wir sind drei Jahre nach dem ersten Ausbruch der Krise in eine Phase eingetreten, in der die Entscheidung fallen wird. Entweder wir gewinnen eine demokratisch legitimierte Steuerungsfähigkeit über die Finanzmärkte zurück, oder eine abzusehende Weltwirtschaftskrise wird uns noch vor Probleme ganz anderer Größenordnungen stellen, als den finanziellen Bankrott und politischen Souveränitätsverlust Griechenlands.

Unserer politischer Orientierungsrahmen ist schon lange nicht mehr die Bevölkerung, nicht das Parlament oder gar die

Republik, er besteht aus einem globalen Geflecht von Banken, Hedgefonds sowie Versicherungen, die teilweise in Grauzonen agieren und ein enormes Volumen an Finanztiteln angehäuft haben.

Die Ursachen sind:

- Die erfolgte Deregulierung des Finanzsektors.
- Massive Ungleichgewichte bei der Vermögensverteilung zugunsten einiger weniger.
- Das systemische Versagen der Verknappungsfunktion des Marktes bei sogenannten strukturierten Finanzprodukten wie Derivaten.
- Machtkonzentrationen bei globalen Playern wie Großbanken, Versicherungskonzernen und Transnationalen Konzernen allgemein.
- Die Überantwortung der Geldschöpfung jenseits der Zentralbanken an die Geschäftsbanken, die heute durch Kreditvergabe 95% des Buchgeldes aus dünner Luft schöpfen.

Es sind die langen Linien, die darum im Zentrum unseres Antrages stehen, der deshalb auch nicht als Alternative zum Leitanspruch zu verstehen ist. Gemeint sind die langen Linien seit 1929 und den darauf folgenden politischen Instabilitäten und der Great Depression.

Wieder einmal droht eine Great Depression, wieder einmal gibt es einen enormen Abschreibungsbedarf, wieder einmal folgt auf einen schuldenfinanzierten Boom der große Absturz, wieder einmal – so steht zu befürchten – geraten die großen Wirtschafts- und Währungsräume in ein Gegeneinander. Unser Antrag fordert darum die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die bis zur nächsten BDK in Hannover einen Bericht über solch grundsätzliche Problemlagen vorlegen soll.

Weder Währungsspekulationen noch Machtkonzentration im Finanzsektor, weder die freihändige Geldschöpfung noch Vermögenskonzentrationen, weder Überschuldungen noch die Referenzlosigkeit der Währungen und Finanzmärkte sind schicksalhaft gegeben. Der Markt ist nicht das Signum der Wirklichkeit, der scheinbar neutrale Richter über unsere ökonomischen Handlungen.

Alles ist menschengemacht. Auch unser Finanzsystem. Dieses System ist das Aussteuerungssystem geworden, das Arbeits- und Gütermärkte steuert. Es steuert unsere Wirtschaft, unser Leben jedoch ohne Maß. Weder bei der Geldmenge, noch bei den angehäuften Anspruchstiteln oder den Vermögenskonzentrationen oder gar beim Naturverbrauch gibt es noch ein Maß. Stattdessen haben die Finanzmärkte damit begonnen, Gesellschaften als Ganzes abzuschöpfen – es ist

ein Kommando eines supranationalen Finanzsystems geworden. Wir nennen diese politische und ökonomische Machtkonstellation gerade „Staatsschuldenkrise“.

Und was immer wir jetzt auch zunächst retten – den Euro, Griechenland, Italien, die Banken –, die Demokratie wird jedenfalls nur zu retten sein, wenn wir vor der alles entscheidenden Machtfrage jetzt nicht kneifen, sondern sie wirklich stellen und gemeinsam mit der großen Menge der Menschen auch zu gewinnen versuchen.

Unser Wirtschaftssystem hat eine innere (ökonomische) und äußere (ökologische) Grenze nicht nur erreicht, sondern bereits überschritten. Das Drehen an Stellschrauben oder kurzfristige Reparaturen sind aber sinnlos, wenn sich die ganze Maschine als Fehlkonstruktion erweist.

Darum auch verstehen die 90 AntragstellerInnen diesen Antrag als sehr weitgehend und offen. Sowohl der Ergänzungsantrag der BAG ChristInnen über Zinsobergrenzen als auch andere Überlegungen wie etwa Keynes Bancor-Plan – also eine globale Referenzwährung – sollten oder könnten in den Arbeitsprozess einfließen.

Und Abschließend: Machtpolitisch werden wir die anstehenden Probleme demokratisch nur mit einem Mitte-Unten-Bündnis

lösen können, das über Partei- und Parlamentsgrenzen hinaus eingegangen werden muss. Auch dazu rufe ich Euch und meine Partei auf.

Vielen Dank!